

Dienstag, 1. Mai 2018

Bauvorhaben der DITIB in Germersheim

Offener Brief an
Bürgermeister Schaile

www.alternative-ger.de

Alternative
für
Deutschland



Kreisverband Germersheim

Alternative für Deutschland
Kreisverband Germersheim
Matthias Joa, MdL
Eggersdorfer Str. 1
67368 Westheim

Bürgermeister
Herrn Marcus Schaile
Kolpingplatz 3
76726 Germersheim



Westheim, den 1. Mai 2018

Bauvorhaben der DITIB/des Türkisch Islamischen Kultur Vereins e.V. in Germersheim

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schaile,

der Türkisch Islamische Kultur Verein e.V. bzw. deren Dachverband DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.) plant in Germersheim den Neubau einer Großmoschee.

Das Bauprojekt ruht momentan, die Gerichtsentscheidung des Oberverwaltungsgerichts Koblenz hat das ablehnende Urteil des Verwaltungsgerichts Neustadt in dieser Hinsicht bestätigt. Die getroffenen Entscheidungen sind jedoch nicht endgültig – die DITIB könnte unter anderen Auflagen oder an einem anderen Standort erneut tätig werden.

Wir sind davon überzeugt, dass die DITIB als verlängerter Arm einer ausländischen Macht in Deutschland nicht repräsentativ bauen sollte – der Deckmantel der „Religionsfreiheit“ berechtigt schon allgemein nicht dazu, Prunkbauten mit wesentlicher Prägung des Stadtbildes zu errichten. Dies ist aus unserer Sicht, unabhängig vom Thema „DITIB“, bereits die grundlegende Position im Falle Germersheims.

Die DITIB kann insofern erst recht kein Partner hierfür sein, zumal sich die Türkei zunehmend religiös fanatisiert und sich immer mehr in einen autokratischen Staat verwandelt, der selbst den islamischen Staat organisatorisch unterstützt hat.

Mit einem Ableger der türkischen Religionsbehörde ist für eine Zusammenarbeit keinerlei gemeinsame Wertebasis vorhanden. Demokratie und Rechtsstaat werden nicht nur in Sonntagsreden verteidigt, sondern auch in Germersheim real vor Ort. Hierzu bedarf es eines gemeinsamen, überparteilichen politischen Konsenses aller demokratischen Parteien.

Wir müssen ein politisches Zeichen setzen: Prunkbauten der DITIB sind politisch nicht gewollt. Darüber hinaus ist Germersheim eine christlich geprägte Stadt, Herrschaftsansprüche wie Minarette oder Kuppeln sind grundsätzlich unerwünscht. Sie sind nicht gewollt von den politischen Entscheidungsträgern. Dies wäre ein klares politisches, von der in Zweifelsfragen oft strittigen juristischen Sicht unabhängiges Zeichen.

Diese politische Position einzunehmen, sollte die Pflicht eines jeden Demokraten sein, der die Werte unserer Gesellschaft aktiv verteidigt. Insofern hoffen wir, und viele Bürger Germersheims, auf Ihre Unterstützung.

Im Hinblick auf dieses Bauvorhaben frage ich Sie folgendes:

- Befürworten Sie als Bürgermeister die politische (nicht rechtliche!) Position, die DITIB solle in Germersheim keine (Prunk)-Bauten errichten?
- Hat die Stadtverwaltung Germersheim Kenntnis davon, ob und wann die Baumaßnahmen in der Hans-Sachs-Straße Seitens DITIB wieder aufgenommen werden? Gibt es hier neue Informationen?
- Welche Gespräche wurden in den letzten Monaten mit DITIB geführt und welches Ergebnis haben diese Gespräche gebracht?
- Gibt es alternative Standorte, die man der DITIB angeboten hat?
- Hat die Stadtverwaltung Kenntnis davon, ob alternativ ein Bau der Großmoschee im Bereich „Wörthgraben“, zwischen Mainzer Straße/Im Kehlhorst (gegenüber Hela Baupark/McDonalds) in Germersheim angestrebt wird?
- Wenn ja, wann sind Erschließung des Grundstückes und Baubeginn in diesem Bereich geplant?
- Ist von Seiten der Stadt Germersheim angestrebt, das Grundstück im Bereich „Wörthgraben“, zwischen Mainzer Straße/Im Kehlhorst in Germersheim zu erwerben und dem Türkisch Islamischen Kultur Verein e.V./DITIB als Baugrundstück alternativ zu dem Grundstück in der Hans-Sachs-Straße zur Verfügung zu stellen?

- Wenn ja, zu welchem Kaufpreis wird das Grundstück im Bereich „Wörthgraben“, Mainzer Straße erworben und zu welchem Preis ist die Weiterveräußerung an den Türkisch Islamischen Kultur Verein e.V./DITIB geplant?
- Welche der am 08.09.2016 vom Germersheimer Stadtrat an den Türkisch Islamischen Kultur Verein e.V./DITIB in Bezug auf Distanzierung von dem Präsidium für Religionsangelegenheiten und dem Einfluss türkischer Staatsorgane gestellten Forderungen wurden bisher nachweislich erfüllt?
- Ihre Partei, die CDU, hat 2016 gefordert, der o.g. Verein müsse sich „vollkommen“ vom Einfluss des türkischen Staates trennen bzw. aus dem Dachverband DITIB austreten. Ist dies nach ihrer Kenntnis bzw. der Kenntnis der Stadtverwaltung bereits nachweislich erfolgt?
- Wenn nein, welche Sanktionen bzw. Maßnahmen gedenkt der Stadtrat aufgrund der Nichterfüllung seiner Forderungen gegen den o.g. Verein zu ergreifen?

Mit freundlichen Grüßen
Matthias Joa, MdL

Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz
Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Germersheim

